

Landtag aktuell

Kiel, 15.12.99

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn

Renate Gröpel zu TOP 21:

Programm „Soziale Stadt“

Städtebau ist mehr als nur die Aneinanderreihung von Häusern. In den Städten lebt der größte Teil der Bevölkerung. In Schleswig-Holstein sind das ca. 55 % und in der EU sogar 80%. Die Menschen wohnen nicht nur dort, sie arbeiten dort, sie haben dort ihre sozialen Kontakte. Aber jeder von uns kennt in seiner näheren Umgebung gefährdete Nachbarschaften: Den Zerfall dessen, was einmal intakte, soziale Einheiten waren. Daraus entsteht die Gefahr, daß plötzlich die Integration versagt. Die Zukunft unseres Gemeinwesens wird davon abhängen, ob wir die Probleme der Städte lösen. Denn die Rahmenbedingungen für die Städte haben sich in den letzten Jahren deutlich verändert und sie verändern sich weiter in einem rasanten Tempo. Die großen Städte, aber auch die kleineren Städte haben zu kämpfen mit Arbeitslosigkeit, mit der Zunahme einkommensschwacher Haushalte und damit einhergehender Perspektivlosigkeit unter Jugendlichen wegen fehlender beruflicher Chancen und daraus resultierender, steigender Kriminalität junger Menschen.

Diese Entwicklung führt zu sozialen Problemlagen und überforderten Nachbarschaften. Um dem entgegenzuwirken, ist ein Bündel von Maßnahmen notwendig.

Daher begrüßt die SPD-Landtagsfraktion ausdrücklich das von der neuen Bundesregierung in diesem Jahr aufgelegte Programm „Soziale Stadt“ in der Höhe von 100 Mio. Mark und das Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Hier sind die ursprünglich einhunderttausend und jetzt zweihunderttausend Jobs für junge Menschen ein entscheidender Ansatz beim sozialen Miteinander, gerade in unseren Städten.

Mit dem Programm „Soziale Stadt“ trägt die neue Bundesregierung der langjährigen, einmütigen Forderung der Länder nach einer Aufstockung der Städtebauförderung und der von der Arge-Ministerbaukonferenz beschlossenen Bund-Länder Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ Rechnung. Da die alte Bundesregierung nicht dazu in der Lage war, hat das Land bereits mit einem eigenem Landesprogramm vorbildlich Modellprojekte wie in Lübeck-Hudekamp und in Flensburg-Engelsby gefördert. Die Nachfrage zeigt, wie notwendig, aber auch erfolgreich die Programme sind.

Und Herr Storjohann, ich kann ja verstehen, daß es Ihnen zur Zeit besonders schwerfällt, Erfolge der rotgrünen Landes- und

Bundesregierung zu akzeptieren. Oder aber Sie haben schlichtweg keine Ahnung: Anders ist Ihre dürftige Presseerklärung zur Städtebauförderung vom 07. Dezember nicht zu verstehen. Denn das Bundesprogramm „Soziale Stadt“ ist ein zusätzliches Programm mit zusätzlichen Mitteln von 100 Mio Mark zu dem bisherigen Bund-Länder Programm der Städtebauförderung in Höhe von 600 Mio Mark. Nach wie vor sind auch bauliche Maßnahmen in Sanierungsgebieten notwendig. Das muß ich nicht besonders betonen. Ich komme aus der Hansestadt Lübeck, - der Stadt des Weltkulturerbes - und da gibt es noch viel zu tun.

Was ist also anders an dem Programm „Soziale Stadt“. Es ist angewiesen auf die Integration verschiedenster Projekte

So soll mit dem Geld nicht nur das Wohnumfeld, die Stadtkultur und die Freizeitmöglichkeiten verbessert werden. Ganz wesentlich ist auch die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsmöglichkeiten für Menschen, die sonst wenig Chancen haben und es setzt auf die Mitgestaltung und Mitbeteiligung der Bürgerinnen und Bürger in ihrem Wohnumfeld. Dazu gehört die fachübergreifende Zusammenarbeit aller beteiligten, städtischen Dienststellen sowie eine breite, kommunalpolitische Unterstützung. Entscheidend ist die Kooperation aller Beteiligten.

Die SPD-Landtagsfraktion bittet in dem Berichts Antrag gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Landesregierung um Auskunft über die Entwicklung der Landes- und Bundesprogramme „Soziale Stadt“.

Wir möchten gerne wissen, wie die Landesbehörden in das Wohnumfeld eingebunden werden und wie selbst organisierte Nachbarschaftshilfen in Projekten unterstützt werden. Außerdem soll dargestellt werden, wie durch Ansiedlung von Gemeinschaftsprojekten die Wohnquartiere stabilisiert werden können und wie die zukünftige Entwicklung - des Programms in weiteren Stand -orten sich gestalten wird.

An der Schwelle zum nächsten Jahrtausend steht die Städtebaupolitik an einem Scheideweg. Wir müssen alles daran setzen, eine nachhaltige Stadtentwicklung zu fördern, die menschengerechtes Wohnen, Mobilität, zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung, moderne Infrastruktur und kulturelle Entfaltung vereint. Wir müssen die soziale Kompetenz unserer Städte stärken. Dazu dient das Programm „Soziale Stadt“. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Berichts Antrag.